

# Pressekonferenz

Im Landtag von  
Baden-Württemberg

Die **Grünen** Bündnis<sup>90</sup>

Konrad-Adenauer-Str. 12  
70173 Stuttgart

Tel: 0711-2063-679/687/683  
Fax: 0711-2063-660  
schmitt@gruene.landtag-bw.de  
<http://www.bawue.gruene-fraktion.de>

## Partnerschaft mit Burundi jetzt stärken –

## Schluss mit „buhoro, buhoro“

mit

**Dr. Gisela Splett MdL, entwicklungspolitische Sprecherin  
und den Gästen**

**Philipp Ziser (burundikids, Fondation Stamm) sowie**

**Daniela Casabona, Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-  
Württemberg (SEZ)**

**Stuttgart, 2.9.2010**

# Partnerschaft mit Burundi jetzt stärken - Schluss mit „buhoro, buhoro“ \*

(\* „buhoro“ ist Kirundi und heißt deutsch „langsam“)

Pressekonferenz der Grünen im Landtag mit Dr. Gisela Splett, MdL, entwicklungspolitische Sprecherin, Philipp Ziser – seit 3 ½ Jahren in Burundi für burundikids e.V. und die Fondation Stamm im Einsatz – sowie Daniela Casabona, Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) für das Kompetenzzentrum Burundi

Stuttgart, 2.9.2010

---

## I. Hintergrund: Situation in Burundi und bisherige Aktivitäten des Landes

### **Ausgangslage Burundis nach dem Bürgerkrieg**

Die Geschichte Burundis ist von einer langen Hutu-Tutsi-Konfrontation geprägt. Ein Bürgerkrieg zwischen Tutsi-dominierter Armee und Hutu-Rebellen ab 1993 forderte 300.000 Tote. Die aus der Hutu-Rebellenbewegung hervorgegangene CNDD-FDD (Nationalkomitee zur Verteidigung der Demokratie) erhielt bei den ersten nach dem Krieg durchgeführten Wahlen im Jahr 2005 die Mehrheit.

Die Landesregierung hat die seit Mitte der 80er Jahre bestehende Partnerschaft Baden-Württembergs mit Burundi in den Jahren des Bürgerkriegs 1993 - 2005 einschlafen lassen und sich aus der Projektförderung zurückgezogen. Projekte und Partnerschaften einzelner Kommunen (z.B. Albstadt), Vereine und kirchlicher Gruppen blieben aber auch in den Kriegsjahren aktiv und bilden nun eine gute Grundlage zur Wiederbelebung der Partnerschaft.

### **Stärkung regionaler Märkte**

Burundi ist als eines der ärmsten Länder der Welt in hohem Maße von Entwicklungshilfe abhängig. Allerdings befinden sich die Abhängigkeiten der Länder des afrikanischen Kontinents insgesamt in einem tiefgreifenden Wandel, in dem die neuen globalen Akteure China, Indien und Brasilien eine wachsende Rolle spielen. An Bedeutung gewinnt auch die Stärkung regionaler Märkte: So haben Kenia, Tansania, Uganda, Ruanda und Burundi Anfang Juli nach dem Vorbild der EU einen gemeinsamen Markt (EAC) gegründet.

Auch in diesem Zusammenhang bietet die seit Mitte der 80er Jahre von Rheinland-Pfalz gepflegte Partnerschaft mit Ruanda die Chance, Erfahrungen auszutauschen, Synergieeffekte zu nutzen und die Maßnahmen der Entwicklungskooperation der Länder aufeinander abzustimmen und zu koordinieren.

### **Fragile Demokratisierung – Burundi hat gewählt**

In Burundi wurden am 23. Juli ein neues Parlament und ein neuer Senat gewählt. Ein Sieg der bisherigen Regierungspartei von Staatschef und Ex-CNDD-Rebellenführer Pierre Nkurunziza galt als sicher: Wie bereits bei der Präsidentschaftswahl am 28. Juni boykottierten die wichtigsten Oppositionsparteien den Urnengang wegen Betrugsvorwürfen gegen die Regierung, die sie im Zusammenhang mit den im Mai durchgeführten Kommunalwahlen erhoben hatten. Im Vorfeld der Wahlen kam es in

Burundi zu Festnahmen und gewalttätigen Zwischenfällen. Die Wahlen selbst wurden von internationalen Wahlbeobachtern aber als friedlich und frei bewertet.

Die Landesregierung hat die Stärkung ihrer während der Delegationsreise im Februar 2009 in Aussicht gestellten Unterstützung für Burundi immer wieder davon abhängig gemacht, dass Burundi mit den Wahlen in diesem Sommer beweisen müsse, dass es die Grundsätze der Demokratie, der Freiheit, des Friedens und der Menschenrechte einhält. Als damaliger Landwirtschaftsminister und heutiger CDU-Fraktionsvorsitzender hat Peter Hauk Burundi wiederholt bescheinigt, auf gutem Wege zu sein. Nun muss die Landesregierung zu ihrem Wort stehen und die Partnerschaft konsequent ausbauen und mit Leben füllen.

### **Aktivitäten in Baden-Württemberg seit der Delegationsreise 2009**

Während Anfang 2009 die Meinungen, ob eine „Partnerschaft“ mit Burundi überhaupt bestehe, noch auseinander gingen, ist inzwischen - auch in Folge der Delegationsreise im Februar 2009 - Einiges in Bewegung gekommen.

So wurden 2009 erstmalig Mittel für Auslandsprojekte in den Haushalt eingestellt, die der „Verbesserung und Vertiefung der Zusammenarbeit mit einzelnen Entwicklungsländern, zu denen Baden-Württemberg besondere Beziehungen unterhält“ dienen sollen. Dieser Mittelansatz wurde 2010/11 auf 400.000 Euro pro Jahr erhöht. Die SEZ wurde mit der Bündelung und Koordinierung der Aktivitäten nach Burundi, der Betreuung der mit den Landesmitteln geförderten Projekte sowie dem Ausbau der partnerschaftlichen Beziehungen beauftragt und hat hierzu ein Kompetenzzentrum Burundi eingerichtet.

## **II. Grüne Forderungen an die Ausgestaltung der Partnerschaft Baden-Württemberg - Burundi**

Wir GRÜNEN haben uns in der Vergangenheit konsequent für die Partnerschaft des Landes mit Burundi eingesetzt. Auch in Zeiten des Bürgerkriegs traten wir für die Aufrechterhaltung der Partnerschaft durch die Landesregierung ein. Deshalb begrüßen wir die Absicht der Landesregierung, die eingestellte Partnerschaft in Folge der Delegationsreise im Februar 2009 wieder zu beleben.

Nachdem die Wahlen in Burundi trotz Boykotts der Opposition und gewaltsamen Zwischenfällen weitgehend friedlich verlaufen sind, gilt es nun, das Land bei seinen Bemühungen des Wiederaufbaus, der Wirtschaftsentwicklung, der Bildung und Gesundheitsversorgung, der Infrastruktur und der fragilen Demokratie zu unterstützen.

Eine Vielzahl von Partnerschaftsinitiativen hat auch in den Jahren des Bürgerkriegs ihre Arbeit in Burundi mit Erfolg weitergeführt. Das Land muss nun den Rahmen schaffen, um die Arbeit dieser Initiativen und die Bildung neuer „Graswurzel-Partnerschaften“ mit dem Ziel der Überwindung von Armut, Hunger und Not zu unterstützen. Die Vernetzung der vielfältigen Projekte und Maßnahmen und der Ausbau der Beziehungen erfordert Strukturen, die durch Ehrenamt allein nicht zu gewährleisten sind. Zudem ist die Landesregierung gefordert, mit der burundischen Regierung in einen Dialog zu treten und eine Struktur der Kooperation ins Leben zu rufen.

Das bei der SEZ angesiedelte, neu aufgebaute Kompetenzzentrum Burundi als Anlauf- und Koordinierungsstelle für Entwicklungshilfeprojekte von Kommunen, Nichtregierungsorganisationen und Partnerschaftsvereinen muss auf eine **verlässliche Basis** gestellt werden. **Planungssicherheit ist durch Aufnahme der Fördermittel aus dem Landeshaushalt in die mittelfristige Finanzplanung** herzustellen. Derzeit sind die eingestellten Haushaltsmittel dem sogenannten „Spielgeld“ der Regierungsfraktionen zu verdanken, die mit Änderungsanträgen zum Haushalt Duftmarken setzen. Die auf diese Weise in 2010 und 2011 zur Verfügung stehenden 400 Tsd. € für Auslandsprojekte (nicht nur für Burundi!) sind nicht ausreichend für die angestrebte Vertiefung der Partnerschaft. Das Land muss perspektivisch seinen in den vergangenen Jahrzehnten stark zurückgefahrenen Entwicklungsetat (ODA-Mittel ohne Studienplatzkosten 1995: 20,5 Mio. Euro; 2004: 7 Mio. Euro, 2008: 5,6 Mio. Euro) wieder erhöhen und insbesondere die Mittel für die Partnerschaften mit Burundi und weiteren afrikanischen Ländern (neben Burundi ist KwaZulu Natal Partnerland von Baden-Württemberg) und für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland erhöhen.

Weitere Grüne Vorschläge und Forderungen:

1. Die **Kriterien zur Auswahl von Projekten** und die entwicklungspolitischen **sektoralen Schwerpunkte** müssen transparent gemacht und fortlaufend weiterentwickelt werden. Die entwicklungspolitischen Institutionen und Verbände sind ebenso wie der Stiftungsrat und das Kuratorium der SEZ in den Prozess der Zielentwicklung und Evaluation einzubinden.
2. Entsprechend der bewährten Strukturen der Partnerschaft Rheinland-Pfalz - Ruanda sollte auch in Baden-Württemberg ein **Partnerschaftsverein** bzw. eine burundisch-baden-württembergischen Gesellschaft zur Pflege der Beziehungen gegründet werden. Auch die in Baden-Württemberg lebenden BurunderInnen, die burundische Diaspora, sollte aktiv in die partnerschaftliche Zusammenarbeit einbezogen werden.
3. Zur Koordinierung einzelner Projekte und um der burundischen Seite einen festen Ansprechpartner zur Verfügung zu stellen, sollte in Bujumbura ein **Verbindungsbüro** eingerichtet werden. Die Weiterleitung der Hilfsgelder nach Burundi, die Verteilung der Hilfsgüter aus Baden-Württemberg, die Beurteilung der Projekte vor Ort, die Prüfung von Kostenvoranschlägen und Abrechnungen kann auf Dauer ohne eine direkte Vertretung vor Ort nicht geleistet werden.
4. Die Landesregierung muss ihrerseits **auf Regierungsebene mit der burundischen Regierung einen Dialog anregen** und ähnlich der Struktur der gemischten Kommission mit Ländern Osteuropas einen Arbeitsmechanismus ins Leben rufen, mit dem Infrastrukturprojekte, sektorale Schwerpunkte für die Entwicklungszusammenarbeit und diplomatische Beziehungen entwickelt und vertieft werden können. Dazu gehört zudem der gegenseitige Austausch von Regierungs- und ParlamentarierInnendelegationen.
5. Das Land muss seine Kapazitäten im Bereich **berufliche Bildung** für Burundi zu Verfügung stellen und ausbauen. Das landeseigene IfB in Mannheim bildet Führungskräfte, BildungsplanerInnen und MultiplikatorInnen sowie Mechaniker-

Innen und MeisterInnen des Kraftfahrzeughandwerks aus Entwicklungsländern fort. Es bestehen Ansatzpunkte für die Einbindung des IfB in die baden-württembergische - burundische Zusammenarbeit, etwa im Aufbau von Angeboten für Kfz-Ausbildungsgänge in von baden-württembergischen Organisationen unterstützten Zentren (z.B. OPDE). Burundische Absolventen des IfB aus früheren Jahrgängen sind an einer weiteren Kooperation interessiert und können in Burundi eine wichtige Multiplikatorenfunktion übernehmen. Das mit baden-württembergischer Unterstützung in Kayanza aufgebaute Handwerkszentrum ist wieder zu unterstützen – gemachte Zusagen sind einzuhalten.

6. Gemeinsam mit dem Kultusministerium sowie Gemeinde- und Städtetag sollte für die Neugründung von **Kommunal- und Schulpartnerschaften** geworben werden. Auch der Aufbau weiterer Krankenhauspartnerschaften sollte unterstützt werden. Wünschenswert ist auch eine Zusammenarbeit auf universitärer Ebene - diesbezüglich besteht in Tübingen Interesse; das Tropenzentrum der Universität Hohenheim verfügt über für Burundi wichtige Kompetenzen (vgl. Ziff. 9). Anzuregen wären auch Kooperationen im Bereich Wirtschaft (hierbei könnte bw-i eine wichtige Rolle spielen).
7. Als Beitrag zur **entwicklungspolitischen Bildungsarbeit** in Baden-Württemberg schlagen wir vor, in Zusammenarbeit mit dem EPIZ in Reutlingen einen landesweiten Burunditag an den Schulen des Landes durchzuführen. Dabei können unsere Schülerinnen und Schüler ihr Bewusstsein für globale entwicklungspolitische Zusammenhänge in Verbindung mit ihrem eigenen Verhalten als Konsumierende reflektieren. Durch einen Ein-Tag-Arbeitseinsatz für Schulen im Partnerland Burundi könnten die SchülerInnen einen solidarischen Beitrag zum Aufbau von Schulen in Burundi leisten.
8. Wir wollen, dass die Landesregierung Burundi Im Energiesektor bei der **Nutzung erneuerbarer Energien** unterstützt (Wasserkraft, Solarenergie usw.). Zu prüfen wäre, ob Burundi durch Klimaschutzprojekte unterstützt werden kann (z.B. auch Verwendung der Klimaabgabe für Flugreisen von MitarbeiterInnen der Landesverwaltung).
9. Baden-Württemberg als Partnerland muss einen Beitrag zur Steigerung der kleinbäuerlichen Produktion durch Einsatz von innovativen nachhaltigen Technologien leisten, mit dem **Ernährungssicherheit** für die Bevölkerung hergestellt werden kann. Mit seinen Kompetenzen könnte das Tropenzentrum der Universität Hohenheim hierbei wichtige Beiträge leisten. Im Bereich Landwirtschaft und Biodiversität spielt das Thema Erosionsschutz in Burundi eine große Rolle. Es ist zu prüfen, inwieweit Ergebnisse des rheinland-pfälzischen - ruandischen Kooperationsprojekts PARES auf Burundi übertragbar sind.
10. Kooperationsmöglichkeiten bestehen auch in Bezug auf den Erhalt der **Biodiversität**. Zu prüfen wäre, ob Burundi z.B. beim Erhalt des Bergregenwalds (Kibira Nationalpark) unterstützt werden kann. Mittel für entsprechende Projekte stehen über die im Rahmen der 9. Vertragsstaatenkonferenz der CBD in Bonn gestartete LifeWeb-Initiative zur Verfügung und werden z.B. für ein Projekt im ruandischen Nyungwe-Nationalpark bereits abgerufen.